

2. Credit Suisse Europa Barometer in Zusammenarbeit mit dem Europa Forum Luzern



Stabile Beziehungen zu Europa haben Priorität

Trotz Unsicherheit über die Zukunft der EU will man den
bilateralen Weg weitergehen

Projektteam

Lukas Golder: Politik- und Medienwissenschaftler

Cloé Jans: Politikwissenschaftlerin

Aaron Venetz: Politikwissenschaftler

Katrin Wattenhofer: Politikwissenschaftlerin

Daniel Bohn: Fachinformatiker Anwendungsentwicklung

Noah Herzog: Kaufmann

November 2018

Publikation: Europa Forum Luzern, 12. November 2018

Inhaltsverzeichnis

1	MANAGEMENT SUMMARY.....	4
2	EINLEITUNG.....	5
2.1	Datenbasis.....	5
3	DIE BEDEUTUNG DES BILATERALEN WEGS.....	6
4	BEURTEILUNG UND ZUKUNFT EUROPAS.....	10
5	SYNTHESE.....	15

1 Management Summary



Im Rahmen einer Kollaboration der Credit Suisse mit dem Europa Forum Luzern erscheint zum zweiten Mal diese Sonderpublikation mit dem Schwerpunkt Europa. Die Ergebnisse des vorliegenden Europa Barometers basieren auf den Daten des Sorgenbarometers 2018, das seit 1976 im Auftrag der Credit Suisse erhoben wird. Für das Sorgenbarometer wurden 2551 Personen in der ganzen Schweiz repräsentativ befragt. Die Fragen zum Europa Barometer gingen an 1579 Personen.



Eine klare Mehrheit von über 80 Prozent der Schweizerinnen und Schweizer findet stabile Beziehungen zur EU einerseits und die bilateralen Verträge andererseits wichtig. Diese Mehrheit besteht dabei sowohl über die Partei- als auch die Sprachgrenzen hinweg gleichermassen. Trotz der vorhandenen Differenzen, die aktuell insbesondere im Prozess um die Verhandlung des Rahmenabkommens ausgetragen werden, geht eine relative Mehrheit der Stimmberechtigten (47 %) davon aus, dass sich das Verhältnis der Schweiz zur EU in Zukunft eher verbessern wird.



Trotz der unbestrittenen Wichtigkeit ist die Beziehung des Schweizer Stimmvolkes zur EU von Pragmatismus geprägt. Die EU wird in ihrer heutigen Form auch eher als spaltendes Bürokratieprojekt denn als einigendes Friedensprojekt wahrgenommen. Im Vordergrund stehen ökonomische und nicht ideologische Überlegungen. Heute ist die EU die mit Abstand wichtigste Handelspartnerin der Schweiz. Dass eine knappe Mehrheit von 54 Prozent der Stimmberechtigten dennoch der Meinung ist, eine Verstärkung der Handelsbeziehungen zu Drittstaaten (wie z. B. China) könnten eine Verschlechterung des Marktzugangs zu Europa wettmachen, ist darum für den Stellenwert der EU in der Schweiz kein gutes Zeichen.



In den Augen der Stimmberechtigten steht die EU heute schwächer da als noch vor einem Jahr. Das Ringen um eine gemeinsame Strategie im Umgang mit Migration, die fehlende ökonomische Stabilität einiger Mitgliedsländer, Kritik an den Institutionen der EU und das Aufkommen populistischer Parteien hinterlassen ihre Spuren.



Verbesserungspotenzial sehen die Stimmberechtigten in der Art und Weise, wie EU-Fragen von nationalen Politikerinnen und Politikern vermittelt und umgesetzt werden. Könnten die Schweizerinnen und Schweizer eine Schulnote vergeben, wäre diese knapp ungenügend: Im Durchschnitt erhält die Politik die Note 3.9 dafür, wie der Bevölkerung die Bedeutung der Europapolitik erklärt wird. Genau dieselbe Note wird bei der Frage vergeben, wie ernst die Schweizer Politik die Bevölkerung bei der Umsetzung der Europapolitik nimmt.

2 Einleitung

Als Beitrag zum Europa Forum Luzern 2018 erscheint im Auftrag der Credit Suisse die vorliegende Sonderpublikation mit dem Schwerpunkt Europa. Die Auswertungen des **CREDIT SUISSE EUROPA BAROMETERS** basieren auf den Daten des Sorgenbarometers 2018. Das Credit Suisse Sorgenbarometer ist eine jährlich angelegte Studie zur Erfassung und Beobachtung der Meinung von Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern. In seiner ursprünglichen Form existiert das Sorgenbarometer bereits seit 42 Jahren und wird seit 1995 durch gfs.bern erhoben. Das Ziel des Europa Barometers ist es, Erkenntnisse über die Schweiz und ihr Verhältnis zur Welt aus Sicht der Stimmberechtigten zu gewinnen.



Das Europa Barometer stellt zusammen mit dem Credit Suisse Sorgenbarometer, dem Jugendbarometer und dem Fortschrittsbarometer ein umfassendes und langjähriges demoskopisches Informationssystem zur Erfassung des gesellschaftlichen und politischen Pulses der Schweizer Bevölkerung dar.

2.1 Datenbasis

Für das Sorgenbarometer wurden insgesamt 2551 Stimmberechtigte aus der ganzen Schweiz in einem Mixed-Mode-Verfahren befragt. Die Daten der verschiedenen Methoden wurden einzeln auf Methodeneffekte hin geprüft, danach erfolgte eine systematische Gewichtung, um die Repräsentativität sicherzustellen. Die Interviews wurden im Juli und August 2018 durchgeführt. Über die genauen Eckwerte dieser Umfrage orientiert die nachstehende Übersicht.

Tabelle 1: Methodische Details

Auftraggeber	Credit Suisse und Europa Forum Luzern
Grundgesamtheit	Stimmberechtigte mit Wohnsitz in der Schweiz
Herkunft der Adressen	Politisches Gemeindeverzeichnis der Schweiz, gfs.bern-Panel, Online opt-in
Datenerhebung	Face to Face (n=500) gfs.bern-Panel (n=327) Online opt-in (n=1724)
Stichprobengrösse	Total Befragte N = 2551 n DCH = 1631, n FCH = 761, n ICH = 159
Art der Stichprobenziehung	Face to Face: Zufallsauswahl der Orte, Quotenauswahl der Befragten Sprachregion (Alter/Geschlecht interlocked) gfs.bern-Panel: Einladung über das gfs.bern Panel Online opt-in: online Rekrutierung über Social Media, freier Zugang zur Befragung
Gewichtung	Nach Methode, Geschlecht/Alter interlocked, Sprachregion und Partei
Stichprobenfehler	±2.0 Prozent bei 50/50 und 95-prozentiger Wahrscheinlichkeit
Befragungszeitraum	von 10. Juli bis 6. August 2018
Publikation	November 2018

©gfs.bern, CS Sorgenbarometer, August 2018

3 Die Bedeutung des bilateralen Wegs

Die Beziehung der Schweiz zur Europäischen Union ist ein politischer Dauerbrenner und findet auch in den Medien breite Abdeckung. Schlagwörter wie Kohäsionsmilliarde, Datenschutzverordnung oder Waffenrichtlinie sorgen regelmässig für nationale Schlagzeilen.

Nach dem Nein des Volkes zum EWR-Beitritt im Jahr 1992 setzte der Bundesrat fortan auf den bilateralen Weg und die schrittweisen Verhandlungen einzelner Dossiers. Die Annahme der Masseneinwanderungsinitiative im Frühjahr 2014 bedeutete schliesslich eine erhebliche Belastungsprobe für das Verhältnis der Schweiz zu Europa. Aktuell stehen vor allem die Verhandlungen über ein Rahmenabkommen im Zentrum, das die Beziehungen mit der EU institutionalisieren will. Neben der Auseinandersetzung über die künftige Ausgestaltung der Streitbeilegung (Stichwort "Fremde Richter") liegt der aktuelle Knackpunkt vor allem in den flankierenden Massnahmen. Nachdem sich die Schweizerische Volkspartei (SVP) die Opposition gegen eine weitere europäische Integration bereits seit Jahren auf die Fahne geschrieben hat, stellen sich nun auch die Gewerkschaften und Teile der Sozialdemokraten (SP) gegen weitere Verhandlungen.

Die Anbindung der Schweiz an Europa, das war spätestens seit dem Nein des Stimmvolkes zum EWR-Beitritt klar, war in der Wahrnehmung der Schweizer Bevölkerung stets ein ökonomisch begründetes Projekt, das den Wirtschaftsstandort Schweiz im Blick hatte und nicht nach politischer Integration strebte. Das bleibt auch heute so.



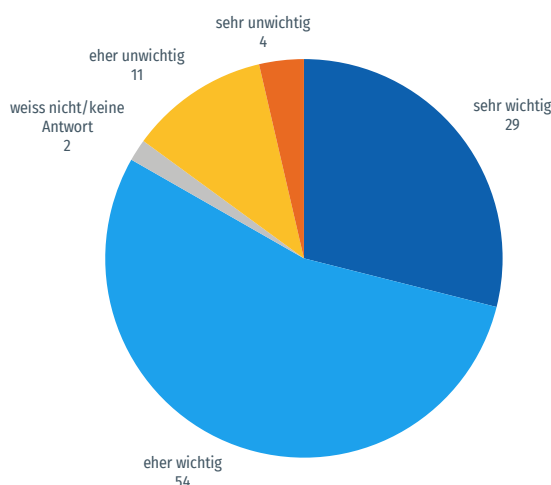
Obwohl die Details der Ausgestaltung der Beziehung mit der EU in der Schweiz umstritten sind, bringt das Stimmvolk klar zum Ausdruck, dass stabile Beziehungen wichtig sind.

Grafik 1

Wichtigkeit Beziehung Schweiz – EU

"Wie wichtig sind Ihnen stabile Beziehungen der Schweiz mit der EU?"

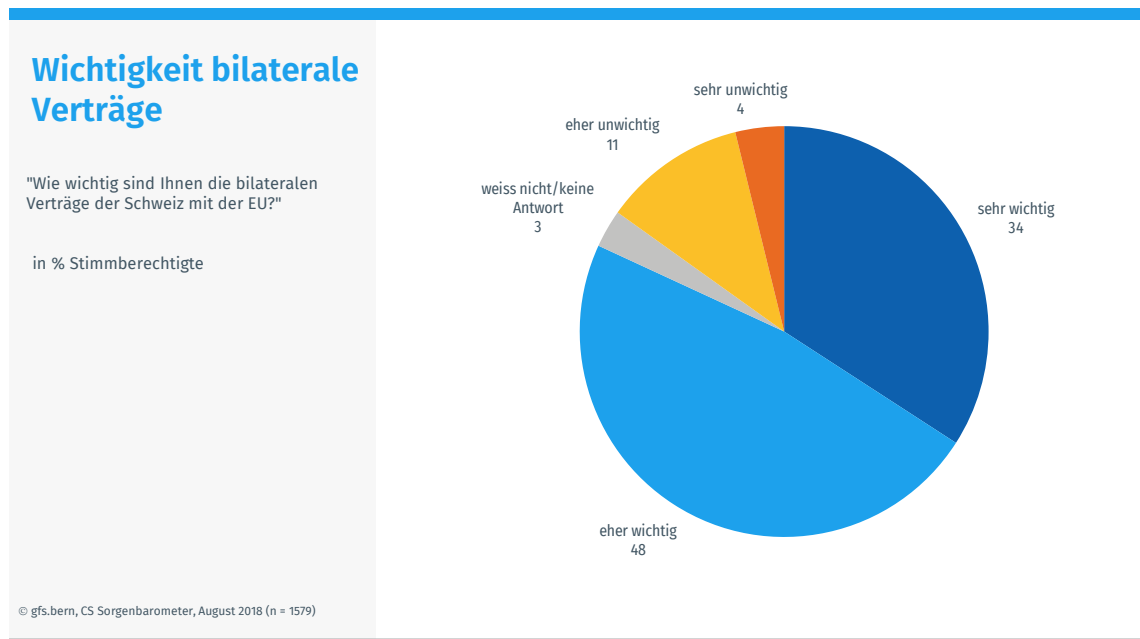
in % Stimmberechtigte



© gfs.bern, CS Sorgenbarometer, August 2018 (n = 1579)

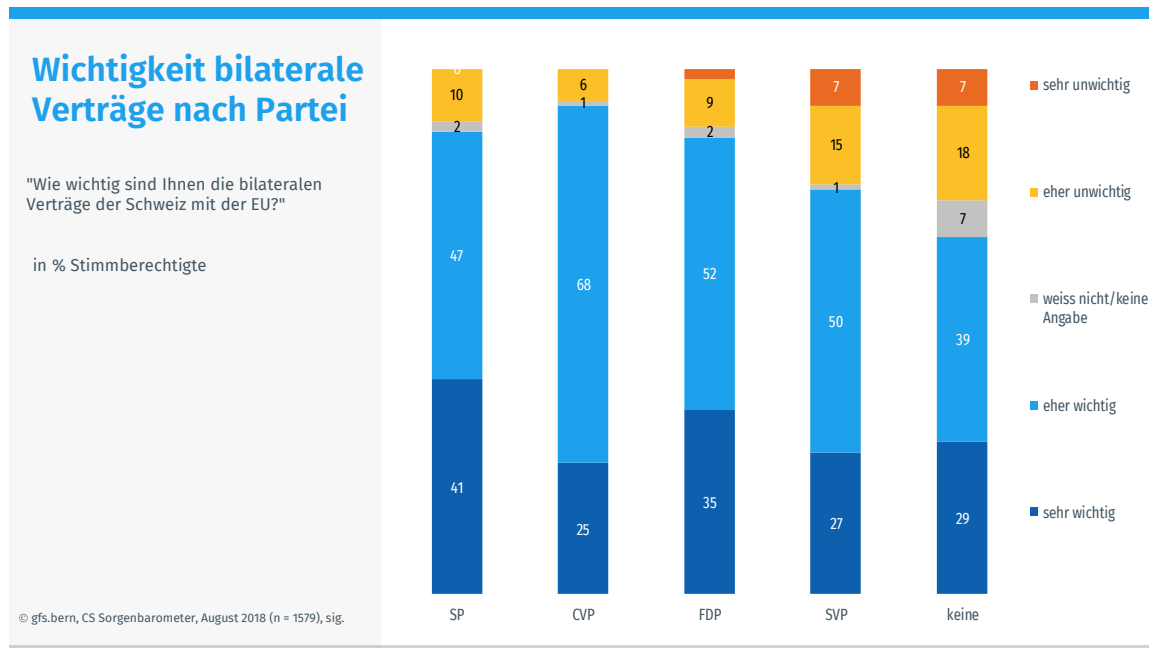
Nicht nur Stabilität ist für das Volk zentral, eine fast gleich grosse Mehrheit beurteilt zudem auch die bilateralen Verträge als wichtig, für 34 Prozent sind sie sogar sehr wichtig.

Grafik 2



Entgegen den Positionen der jeweiligen Parteien sind sich die Stimmberechtigten über alle Parteigrenzen hinweg über die Bedeutung der bilateralen Verträge einig. Auch bei den Wählenden der SVP ist eine solide Mehrheit von 77 Prozent der Meinung, die bilateralen Verträge mit der EU seien wichtig.

Grafik 3



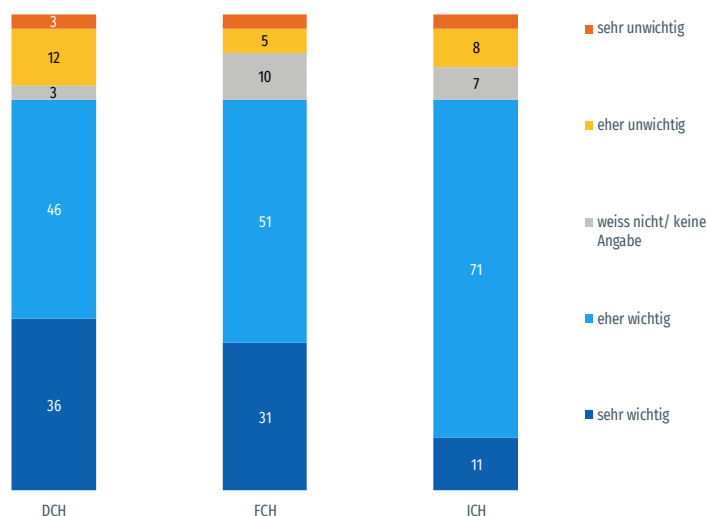
Die Bedeutung der Bilateralen ist auch in den Sprachregionen unbestritten (über 80 % sehr/eher einverstanden). In der italienischsprachigen Schweiz ist der Anteil Personen, die diese als sehr wichtig empfinden, aber geringer als im Rest der Schweiz (11 % ICH vs. 36 % DCH und 31 % FCH).

Grafik 4

Wichtigkeit bilaterale Verträge nach Sprachregion

"Wie wichtig sind Ihnen die bilateralen Verträge der Schweiz mit der EU?"

in % Stimmberechtigte



© gfs.bern, CS Sorgenbarometer, August 2018 (n = 1579), sig.

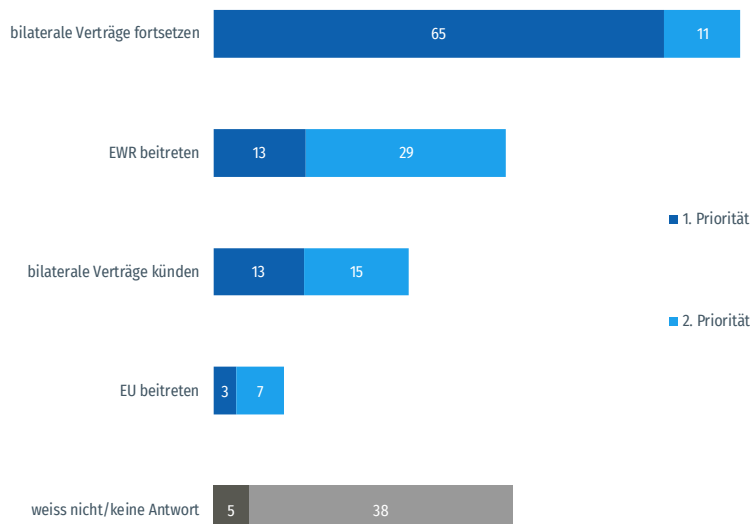
Geht es um die Ausgestaltung der künftigen Beziehungen zur Europäischen Union, wird der bilaterale Weg weiterhin deutlich den anderen abgefragten Möglichkeiten vorgezogen. Insgesamt 65 Prozent der Stimmberechtigten sehen diesen als erste Priorität. Weitere 11 Prozent würden diesen Weg als zweite Priorität wählen. Die zweitgrösste Unterstützung hat ein EWR-Beitritt (42 Prozent, erste oder zweite Priorität). Die Kündigung der bilateralen Verträge ist zwar für eine klare Mehrheit (28 Prozent erste oder zweite Priorität) kein Thema, würde aber vom Stimmvolk aktuell dennoch eher in Betracht gezogen als ein EU-Beitritt.

Grafik 5

Verhältnis Schweiz – EU

"Wie soll das zukünftige Verhältnis zwischen der Schweiz und der EU Ihrer Meinung nach aussehen?"

in % Stimmberechtigte



© gfs.bern, CS Sorgenbarometer, August 2018 (n = 1579)



Müsste das Schweizer Stimmvolk der Politik eine Note dafür geben, wie ihnen die Europapolitik erklärt wird, wäre diese im Schnitt knapp ungenügend (3.9). Ein Drittel der Befragten gibt dabei eine Note von 3.5 oder tiefer, 54 Prozent geben ein Genügend (zwischen 4 und 5) und 6 Prozent eine sehr gute bis ausgezeichnete Note (5.5 bis 6).

Grafik 6

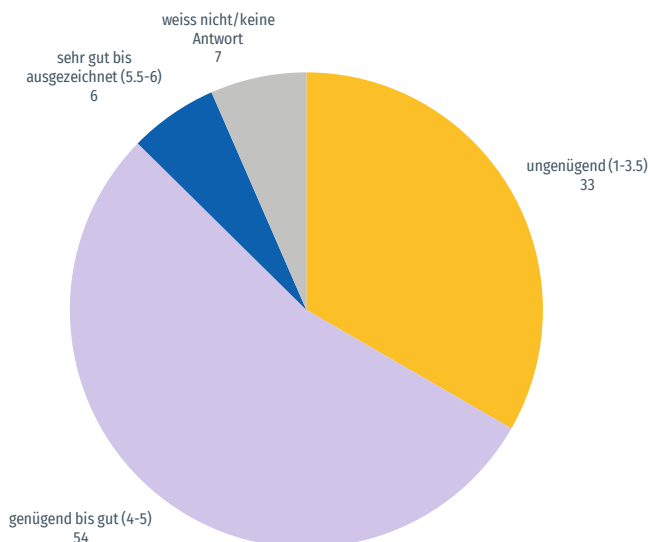
Beurteilung Erklärung bilaterale Verträge

"Wie erklärt die Schweizer Politik der Bevölkerung die Bedeutung der bilateralen Verträge Schweiz-EU bzw. die Europapolitik? Sie können der Erklärung eine Schulnote von 1-6 geben. Halbe Noten sind möglich."

in % Stimmberechtigte

Mittelwert: 3.9

© gfs.bern, CS Sorgenbarometer, August 2018 (n = 1579)



Fast identisch fällt die Benotung der Rücksichtnahme auf die Wünsche der Bevölkerung aus (3.9 im Durchschnitt). Insgesamt 34 Prozent geben eine ungenügende Note und sind somit der Meinung, die Politik nehme die Bevölkerung zu wenig ernst, wenn es um die Europapolitik geht. Von den Befragten geben 54 Prozent passable Noten und sieben Prozent beurteilen die Leistung der Politik als sehr gut oder sogar ausgezeichnet.

Grafik 7

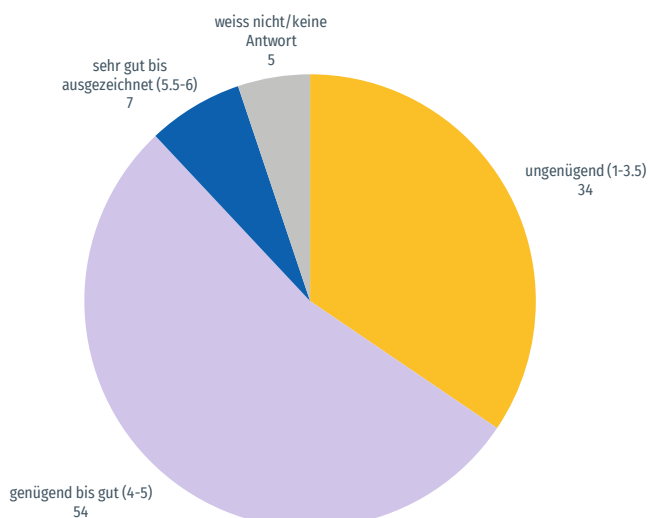
Beurteilung Rücksicht auf Bevölkerung

"Erneut mit einer Schulnote bewertet: Wie ernst nimmt die Schweizer Politik die Bevölkerung, wenn es um die Europapolitik geht?"

in % Stimmberechtigte

Mittelwert: 3.9

© gfs.bern, CS Sorgenbarometer, August 2018 (n = 1579)

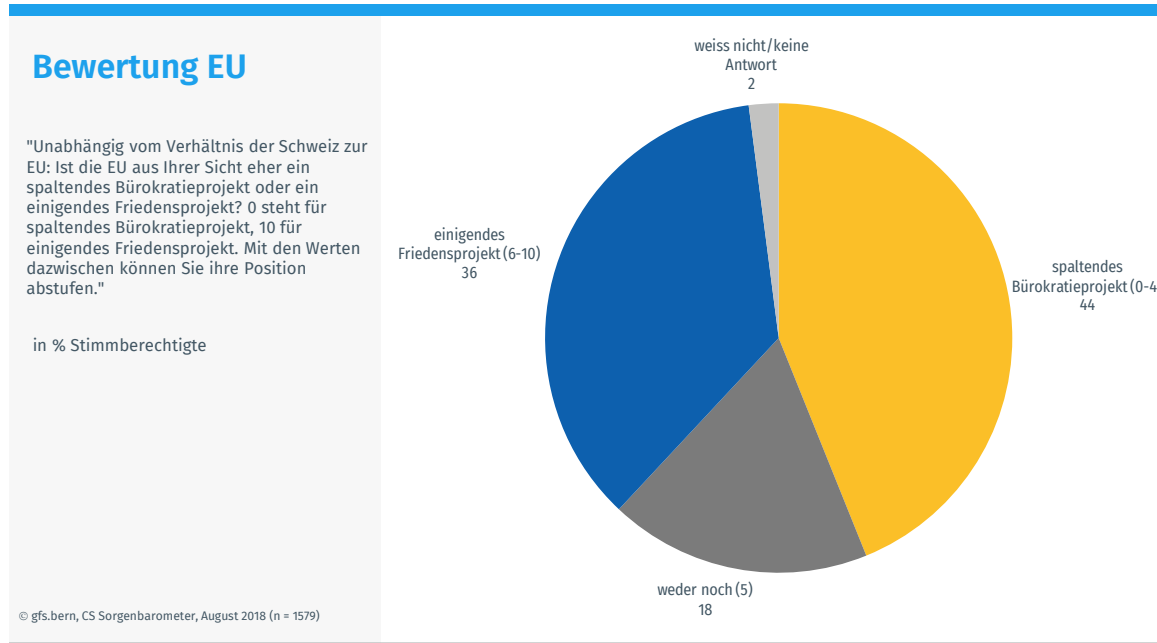


4 Beurteilung und Zukunft Europas

Obwohl die EU in erster Linie als ökonomisch getriebenes Projekt nach dem zweiten Weltkrieg geboren wurde, wohnte dem Ursprungsgedanken der Europäischen Union stets auch die Idee der Friedensförderung inne. Über ökonomische Verflechtungen wollte man nicht nur den Wohlstand aller Mitgliedsländer steigern, sondern auch künftige Konflikte untereinander verhindern.

Die Zugehörigkeit zum Binnenmarkt ist für die Stimmberechtigten der Schweiz unbestritten von grösster Wichtigkeit, das zeigen die Zahlen des vorangehenden Kapitels klar. In der gesamthaften Beurteilung des "Projekts Europa" ist die Schweiz jedoch gespalten. Ungefähr ein Drittel des Elektorats sieht die EU als einigendes Friedensprojekt (36 %), 44 Prozent empfinden die Union als spaltendes Bürokratieprojekt und knapp jede fünfte Person (18 %) kann sich nicht entscheiden, was genau von der EU zu halten sei.

Grafik 8



Zur insgesamt eher kritischen Sichtweise auf die EU dürften auch die verschiedensten Ereignisse der letzten Monate beigetragen haben. An vielen Orten innerhalb der EU wurden kritische Stimmen gegen eine (weitere) Integration laut. Abspaltungsbemühungen wie in Grossbritannien oder offensichtliche Mängel an Kapazitäten und Einigungswillen für eine fundierte Zusammenarbeit wie im Falle der Flüchtlingskrise schaden dem Image der EU. Diese Entwicklung hinterlässt in der öffentlichen Wahrnehmung Spuren. Eine klare Mehrheit von 65 Prozent der Stimmberechtigten in der Schweiz ist der Meinung, dass die Ereignisse der letzten 12 Monate die EU eher geschwächt als gestärkt haben.

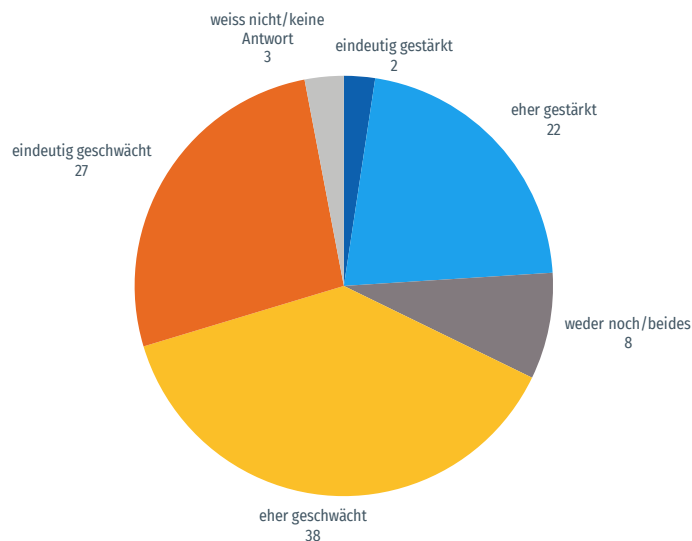
Grafik 9

Beurteilung EU aufgrund Ereignisse der letzten 12 Monate

"Denken Sie an die Ereignisse der letzten 12 Monate. Wurde die EU in diesen 12 Monaten Ihrer Ansicht nach eindeutig gestärkt, eher gestärkt, eher geschwächt oder eindeutig geschwächt?"

in % Stimmberechtigte

© gfs.bern, CS Sorgenbarometer, August 2018 (n = 1579)



Trotz aktuell schwieriger Umstände bei der Aushandlung eines Rahmenabkommens ist mit 47 Prozent fast die Hälfte des Volkes der Meinung, das Verhältnis zwischen der Schweiz und der EU werde sich in den nächsten 12 Monaten verbessern. Lediglich ein gutes Drittel der Befragten sieht dem nächsten Jahr pessimistisch entgegen.

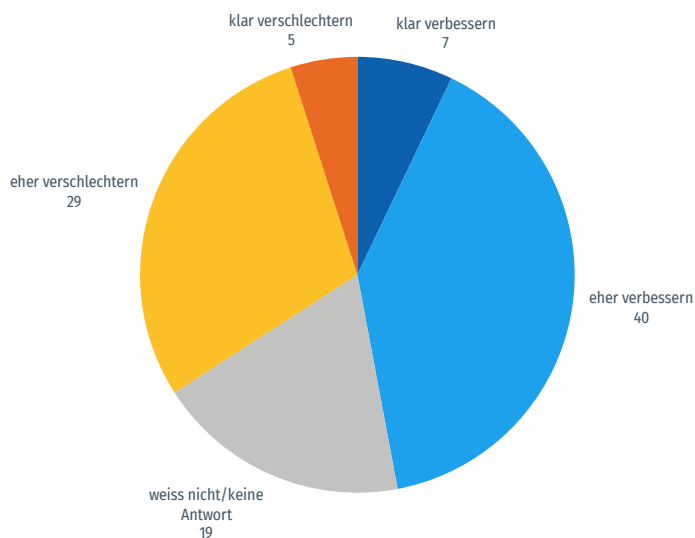
Grafik 10

künftiges Verhältnis Schweiz – EU

"Wird sich aus Ihrer Sicht das Verhältnis der Schweiz zur EU in den nächsten 12 Monaten..."

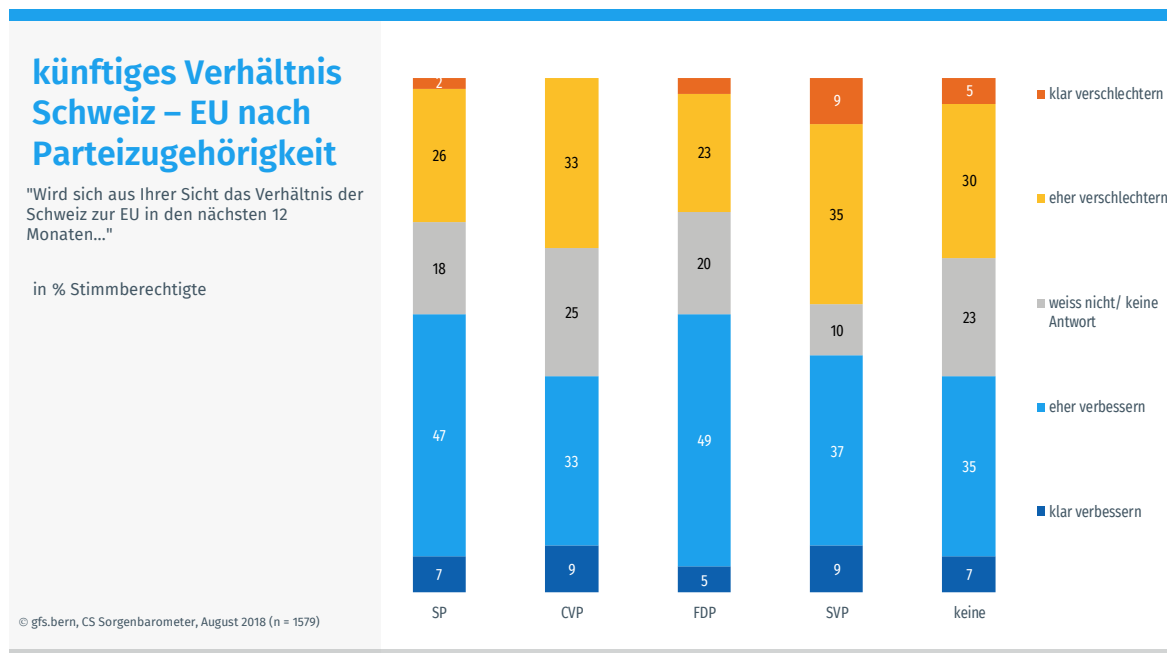
in % Stimmberechtigte

© gfs.bern, CS Sorgenbarometer, August 2018 (n = 1579)



Auch hier fällt die Beurteilung je nach Sprachregion und Parteizugehörigkeit anders aus. Personen mit Sympathien für SP und FDP sind mehrheitlich optimistisch, was das zukünftige Verhältnis mit Europa betrifft. Die Wählerinnen und Wähler von CVP und SVP sind hingegen skeptischer. Genauso wie jene Personen, die mit keiner spezifischen Partei sympathisieren.

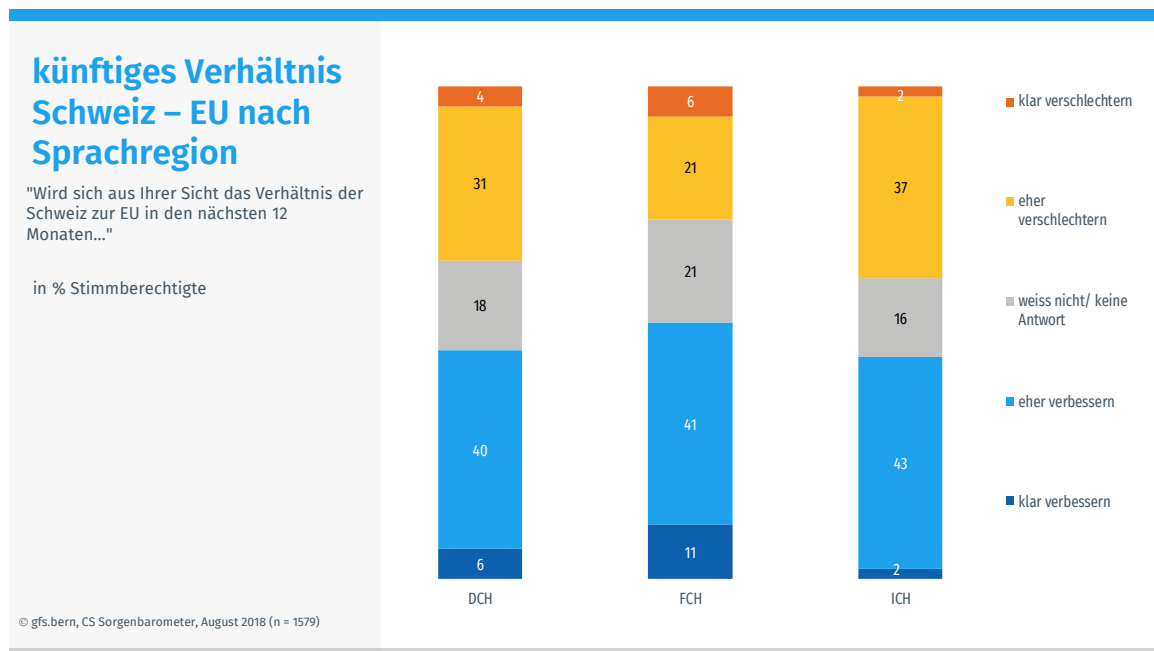
Grafik 11



In der Deutschschweiz gehen 46 Prozent der Befragten von einer Verbesserung aus, im Tessin 45 Prozent und in der Romandie 52 Prozent.

Insgesamt sticht insbesondere auch ins Auge, dass – egal ob national, in den Sprachregionen oder nach Parteizugehörigkeit – in relativ grossen Anteilen des Elektorats Unsicherheit darüber besteht, wie das Verhältnis mit der EU in Zukunft aussehen wird. Ungefähr ein Fünftel der Befragten gibt keine gerichtete Einschätzung ab (weiss nicht/keine Antwort).

Grafik 12

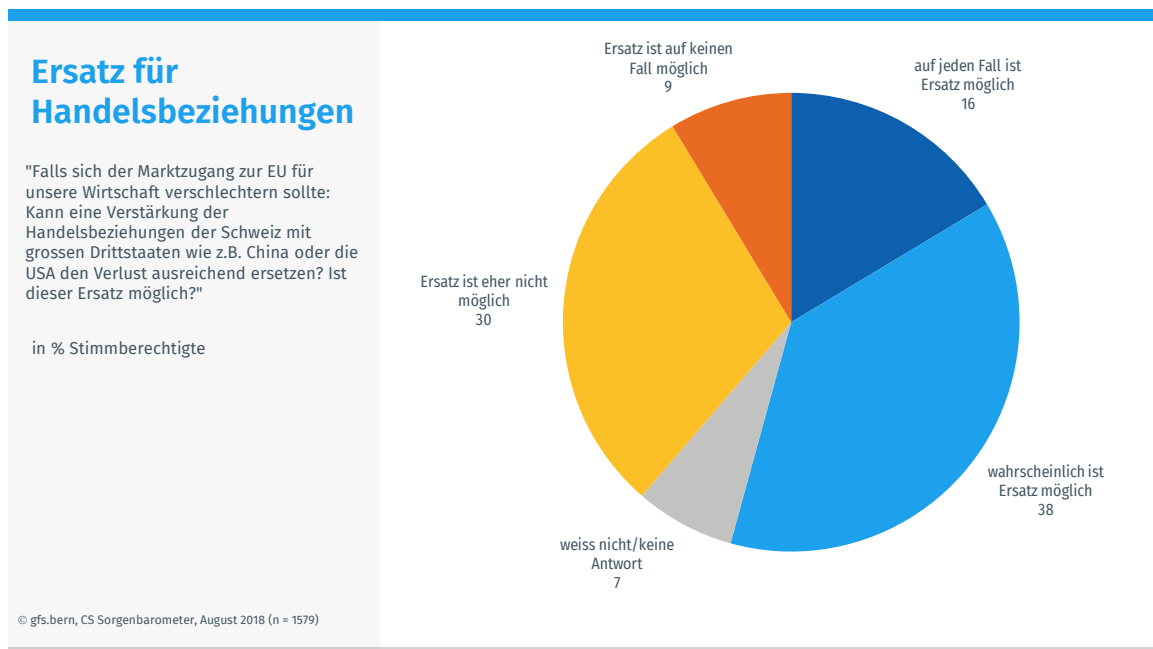


Spätestens seit Amtsantritt von Präsident Trump ist die Ausgestaltung globaler Handelsbeziehungen wieder ein grosses Thema auf der politischen Agenda. Der wichtigste Handelspartner der Schweiz ist dabei seit langem die EU. Im Jahr 2017 gingen rund die Hälfte aller Schweizer Warenexporte ins benachbarte Europa (53 %). Im Vergleich dazu fällt der Anteil Warenexporte in die USA mit 15 Prozent und der Anteil, der nach China exportiert wurde, mit 5 Prozent des Gesamtvolumens deutlich tiefer aus.¹ Eine Verschlechterung der Handelsbeziehungen mit der EU dürfte damit mit grossen Folgen für die hiesige Exportwirtschaft verbunden sein.



Insgesamt gehen jedoch 16 Prozent der Stimmberechtigten davon aus, dass eine Verstärkung des Handels mit Drittstaaten wie den USA oder China den entstehenden Verlust durch weniger Handel mit der EU auf jeden Fall ersetzen kann. Weitere 38 Prozent der Befragten stimmen dieser Einschätzung eher zu, während 39 Prozent der Meinung sind, dass ein solcher Ersatz eher nicht oder bestimmt nicht möglich ist.

Grafik 13



Bis heute konstituiert sich die Identität der Schweizerinnen und Schweizer weiterhin über eine nationale statt über eine supranationale Identität. Seit einigen Jahren (insbesondere seit 2012) ist das Zugehörigkeitsgefühl zu Europa sowie zur Welt zwar etwas erhöht, allerdings auf bescheidenem Niveau.

¹ Schweiz-EU in Zahlen – Handel, Bevölkerung, Verkehr. Online (12.09.2018):
[https://www.eda.admin.ch/dam/dea/de/documents/faq/schweiz-eu-in-zahlen_de.pdf]

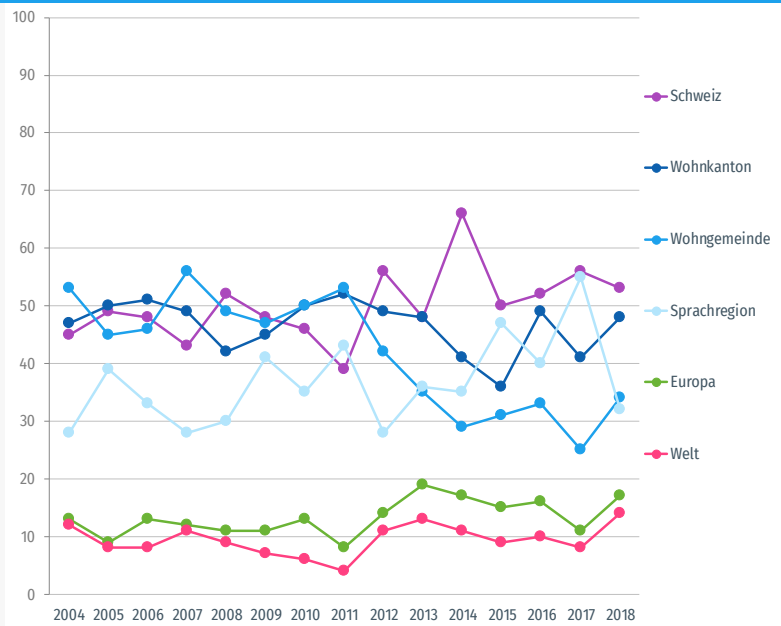
Grafik 14

Trend Zugehörigkeit geographische Einheit

"Welcher dieser geographischen Einheiten
auf dieser Liste hier fühlen Sie sich in 1.
Linie zugehörig?"
"Und welcher fühlen Sie sich in zweiter Linie
zugehörig?"

in % Stimmberechtigte,
Mehrfachantworten möglich

© gfs.bern, CS Sorgenbarometer, August 2018 (N jeweils ca.
1000)



5 Synthese

In Thesenform fassen wir die Erkenntnisse des Credit Suisse Europa Barometers 2018 wie folgt zusammen:



In den Augen der Stimmberechtigten steht die EU schwächer da als noch vor einem Jahr. Die Vorkommnisse der letzten Jahre und Monate (u. a. Flüchtlingskrise, ökonomische Stabilität einzelner Mitgliedstaaten, Kritik an den Institutionen der EU) werden für die Union zu einem zunehmenden Imageproblem. Dennoch präferieren die Stimmberechtigten ganz klar den Kurs einer stabilen Zusammenarbeit mit der EU. Die bilateralen Verträge bleiben dabei die priorisierte Form einer Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer.



Die EU bleibt für die Schweizerinnen und Schweizer in erster Linie ein ökonomisches Projekt, das dem Land und seiner Wirtschaft den Zugang zum EU-Binnenmarkt garantiert. Politischer Idealismus steht dagegen weniger im Vordergrund. Angesichts des zunehmenden Problemdrucks innerhalb und in der Zusammenarbeit mit der EU richtet sich die öffentliche Aufmerksamkeit wieder verstärkt auf andere Akteure. Eine Mehrheit der Stimmberechtigten ist der Meinung, dass man einen schlechteren Marktzugang zur EU auch durch verstärkten Handel mit Drittstaaten abfedern kann.

gfs.bern ag
Effingerstrasse 14
Postfach
CH – 3001 Bern
+41 31 311 08 06
info@gfsbern.ch
www.gfsbern.ch

Das Forschungsinstitut gfs.bern ist Mitglied des Verbands Schweizer Markt- und Sozialforschung und garantiert, dass keine Interviews mit offenen oder verdeckten Werbe-, Verkaufs- oder Bestellabsichten durchgeführt werden.

Mehr Infos unter www.schweizermarktforschung.ch



**SCHWEIZER
MARKTFORSCHUNG**

Kein Verkauf - Wissenschaftlich - Anonym

gfs.bern
Menschen. Meinungen. Märkte.